

Zeit zu handeln

Die Initiatoren einer internationalen Solidaritätskampagne für Palästina vergleichen die israelische Besatzungspolitik mit dem Apartheidregime in Südafrika. Deshalb riefen sie zum Boykott israelischer Waren und Institutionen auf. Ein neues Buch erzählt ihre Geschichte

Von Phil Butland

Am 10. Dezember vergangenen Jahres kamen in einem Berliner Theater über 200 Menschen zusammen, um über »Boykott-Desinvestment-Sanktionen« zu diskutieren. Hierbei handelt es sich um eine seit dem Jahr 2005 laufende Kampagne gegen die israelische Besatzungspolitik. Die Größe der Veranstaltung und die dort herrschende Aufbruchstimmung scheinen die letzten Worte in Omar Barghoutis neuem Buch zu bestätigen: »Unser südafrikanischer Augenblick ist endlich gekommen«.

Der Autor ist Koordinator dieser internationalen Kampagne, die das Ziel hat, Israel in seinem Vorgehen politisch zu isolieren. Unterstützer sind unter anderem die britische Gewerkschaft der Universitäts- und Collegebeschäftigten UCU, der südafrikanische Gewerkschaftsbund sowie weitere Veteranen der Antiapartheidbewegung, darunter Erzbischof Desmond Tutu.

Das Buch behandelt die Frage, inwieweit Israel mit dem Südafrika der Apartheid vergleichbar ist. Barghouti argumentiert, dass es zwar eine genauso klare »Rassentrennung« und »ein vergleichbares unantastbares Recht auf ethnisch-religiöse Vorherrschaft« gebe, sich deren Ursprünge und die wirtschaftlichen Bedingungen jedoch deutlich unterscheiden würden. Doch auch ohne völlige Vergleichbarkeit der Situation lasse sich aus früheren Erfolgen für heutige Kämpfe gegen Ungerechtigkeit lernen.

Barghouti erklärt, warum er nicht an eine Zwei-Staaten-Lösung glaubt. Er bezweifelt die Bereitschaft der Mehrheit der israelischen »Linken«, mit der kolonialen Siedlermentalität zu brechen: »Normale Beziehungen können zwischen zwei Völkern nur entstehen, wenn die Unterdrückung aufhört und nicht vorher«.

Trotzdem sei es notwendig, dass die Kampagne nur begrenzte Forderungen stellt, um alle zusammenzubringen, die Gerechtigkeit für Palästina wollen. Diese Forderungen sind: ein Ende der Besatzung von Gaza und des Westjordanlands, gleiche Rechte für Palästinenser in Israel und ein Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge.

Gewaltlosigkeit ist die Grundbedingung für alle Aktionen der Kampagne, im Einzelnen jedoch müsse sich die konkrete Strategie nach den besonderen Gegebenheiten des jeweiligen Kontextes richten. Dieser Punkt erscheint mir sehr wichtig, gerade für die Situation in Deutschland. Im vergangenen Jahr ist hierzulande die Bereitschaft deutlich gestiegen, Israels Politik zu kritisieren. Anders als noch vier Jahre zuvor beteiligten sich hunderte Menschen nicht-arabischer Abstammung an den Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg. Die Asymmetrie des Nahostkonfliktes zugunsten Israels scheint mittlerweile vielen bewusst zu sein. Gleichzeitig bleibt eine Verunsicherung, die eine massenhafte Kampagne zum Konsumverzicht unmöglich macht. Eine lebendige Kampagne gegen deutsche Waffenlieferungen beispielsweise hätte jedoch durchaus Aussicht auf Erfolg. Denn durch Waffenexport nach Israel macht sich Deutschland nicht nur mitschuldig am Tod palästinensischer Zivilisten, sondern diese Waffenlieferungen werden auch noch staatlich subventioniert.

Die jetzige Situation im Nahen Osten beschreibt Barghouti als »Ausdruck des ›internationalen Konsenses‹«, eines Konsenses »der hegemonialen Mächte auf der Erde, und nicht der Völker«. Ungerechtigkeit resultiert also aus der Eintracht der herrschenden Klassen. Aber der Arabische Frühling hat gezeigt, dass sie nicht allmächtig sind. Alternativen von unten sind möglich, auch in Palästina oder in Deutschland.

Barghoutis Buch gibt wichtige Anregungen, wie wir solche Alternativen entwickeln können. Noch mehr lernt man aber in der Praxis – daher sollten wir schnell loslegen.

Omar Barghouti

Boykott – Desinvestment – Sanktionen. Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besetzung Palästinas

Neuer ISP Verlag

Köln/Karlsruhe 2012

232 Seiten

19,80 Euro

Rezension in Marx 21, Nr. 01/2013, Februar/März